

Der Gewerkeverein

Organ des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine sowie für Einigungsämter, Versicherungs- und Produktiv-Genossenschaften. (Eigenthum des Verbandes.)

Erscheint jeden Freitag. Vierteljährlicher Abonnementpreis: durch die Post bezogen 1 M. — Unter Kreuzband 1 M. 25 Pf. — Alle Postanstalten, für Berlin alle Zeitungs-Ercheinungen, nehmen Bestellungen an. Inseratensätze: Geschäftsverträge 25 Pf., Familienanzeigen 15 Pf., Vereinsanzeigen 10 Pf., Arbeitsmarkt gratis. Redaktion u. Exped.: N.O. Ortelstraße 221/22. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom **Zentralkath der Deutschen Gewerkevereine** (Hirsch-Tandler).

Bei Abonnement von mindestens 1 Exemplar unter einer Adresse tritt für Nichtmitglieder der ermäßigte Preis von 75 Pf. ein, welche franco an den Verbandskassier Rudolf Klein, N.O., Ortelstraße 221/22, eingehenden sind. Für Mitglieder 35 Pf. pro Exemplar. Bei obligatorischem Abonnement leisten der Gewerkevereine 35 Pf. pro Exemplar. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 30.

Berlin, 28. Juli 1905.

Sechsenunddreißigster Jahrgang.

An die Verbandsgenossen und -Genossinnen aller Berufe und Gauen!

Die Vertreter des Zentralkath haben am Sarge des verstorbenen Anwalts und Begründers unserer Organisation in feierlicher Weise bekundet, daß die Grundsätze, auf welchen die Deutschen Gewerkevereine beruhen, unverändert dieselben bleiben sollen, wie sie der nun ausruhende Meister lehrte und bethätigte. Das bekunden wir heute von Neuem und rufen alle unsere Verbandsgenossen und -Genossinnen auf, mit verstärkter Energie zu helfen, daß jene Grundsätze zum Heile der deutschen Arbeiterschaft und des ganzen Volkes und Vaterlandes verwirklicht werden.

Darum muß sofort in allen Ortsvereinen eine kraftvolle Agitation begonnen werden. Die deutsche Arbeiterschaft muß immer wirksamer darüber aufgeklärt werden, daß ihre dauernde geistige und wirtschaftliche Emporhebung im wesentlichen mit abhängig ist von der eifrigen Mitarbeit in einer partei- und kirchenpolitisch unabhängigen Berufsorganisation. Wer dies endlich begreift, wird in unsere Reihen eintreten und ein Mitkämpfer werden für die praktischen Bestrebungen und idealen Ziele der Deutschen Gewerkevereine und ihres Verbandes.

Die Deutschen Gewerkevereiner wissen, daß sie mit einer energischen Agitation für die Ausbreitung und Festigung ihrer Organisation ebenso sehr dem Interesse der gerechten Arbeitersache dienen, wie sie damit auch eine Dankeschuld abtragen an den verbliebenen Begründer und Führer unseres Bundes. 120 000 deutsche

Arbeiter und Arbeiterinnen aus Industrie und Landwirtschaft, Handel und Gewerbe sind in diesem Bunde zu gemeinsamen, zielklaren Bestrebungen vereinigt.

In diesem Verbands der Deutschen Gewerkevereine soll seinem Begründer ein immerwährendes, an Glanz und Eindruck wachsendes, lebendiges Denkmal errichtet bleiben.

Verbandsgenossen und -Genossinnen, vereinigt Euch mit den Generalkrähen und Hauptvorständen und der Verbandsleitung zu dem einhelligen Schwur, dem Werke unseres großen Todten in deutscher Treue bis zum letzten Athemzuge zu dienen, wie unser Verbandsanwalt es selbst gethan.

Rasten wollen wir nicht einen Augenblick! Mit erneuten und verdoppelten Kräften muß von allen Gewerkevereiner für die Sache der deutschen Arbeiter und den Ruhm ihrer Arbeit gewirkt, gestritten und, wo es noth thut, auch gekämpft werden. Wohlauf und wohlplan, stehe Jeder seinen Mann in Erfüllung dieser heiligen Pflicht!

Berlin, 20. Juli 1905.

Mit Gewerkevereinsgruß

Der Zentralkath der Deutschen Gewerkevereine
(Hirsch-Tandler).

A Kritische über den Gewerkschaftskongress in Köln.

In der Julinummer der „Sozialistischen Monatshefte“ kommen gleichzeitig drei Gewerkschaftler, zwei männliche und ein weiblicher, zum Wort, um kritische Betrachtungen über den Gewerkschaftskongress in Köln anzustellen. Zuerst äußert sich Adolf v. Elm, dem man wegen seines Wortes, daß von den Gewerkschaften auch „unvernünftige Forderungen“ gestellt werden, in Köln arg zugeseht hatte. Dieses Vorganges wird aber im v. Elm'schen Artikel in keiner Weise gedacht. Darauf geht erst Helma Steinbach näher ein, um ihren Freund v. Elm lebhaft zu vertheidigen. v. Elm ist ärgerlich darüber, daß der Gewerkschaftskongress in so offener Weise den Zusammenhang mit der Sozialdemokratie zum Ausdruck gebracht hat. „Partei und Gewerkschaften sind eins!“ Das hörten wir am Schlusse des Stuttgarter Gewerkschaftskongresses; bei der Eröffnung des Kölner Kongresses hörten wir es wiederum, und am Schlusse desselben vernahmen wir sogar: „Partei und Gewerkschaften sind eins, sind eins auch in ihren Zielen“. Diese Ansprüche, so meint v. Elm, dürfen nicht mit Stillschweigen übergangen werden, es müsse vielmehr Einspruch dagegen erhoben werden, daß sämmtlichen der Generalkommission der Gewerkschaften angeschlossenen Centralverbänden der „sozialdemokratische Parteistempel“ aufgedrückt und ihnen dadurch die Agitation unter den der Sozialdemokratie noch fernstehenden Arbeitern erschwert werde. Da v. Elm ausdrücklich das Wort „sämmlichen“ gebraucht, so erkennt er damit ohne Weiteres an, daß auf einen Theil der Gewerkschaften jene Sätze vom Zusammenhang der Gewerkschaften mit der Partei zutreffen. Allerdings fügt er hinzu, daß sich die Gewerkschaften in ihren Statuten oder in programmatischen Erklärungen niemals auf das Endziel der Sozialdemokratie festgelegt hätten. Für die Gewerkschaften müsse gelten, auf dem Boden des

heutigen Gegenwartsstaates für die Arbeiterklasse die größten Vorteile zu erringen. Auf das sozialdemokratische Programm verpflichte keine Gewerkschaft neueintretende Mitglieder.

Das ist Spiegelschere! Herr v. Elm war auf dem Gewerkschaftskongress anwesend und ist dort nicht mit einem Wort den Behauptungen über den Zusammenhang von Partei und Gewerkschaften entgegnetreten. Auch verlangt v. Elm in seinem Aufsatz, daß der sozialistische Geist in den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse zum Ausdruck kommen soll. Diesen sozialistischen Geist hat er allerdings definiert, „als den Geist der Solidarität und des Gemeininteresses des ganzen Volkes.“ Damit ist er aber von Neuem mit sich selbst in Widerspruch gerathen. Der sozialistische Geist, wie er von der Sozialdemokratie gelehrt wird, steht dem Allgemeininteresse des ganzen Volkes schnurstracks entgegen. Dem Allgemeininteresse des ganzen Volkes steht auch entgegen der von der Sozialdemokratie als nothwendig betonte Klassenkampf.

Herr v. Elm ist auch nach anderer Richtung sehr unzufrieden mit den Beschlüssen des Kölner Kongresses. Die deutsche Gewerkschaftsbewegung stehe nach Köln vor der Gefahr, „in die Bahnen der englischen Gewerkevereinsbewegung hineinzutommen“. Wäre es wahr, so würde dies die Gewerkevereiner sehr freuen, denn für die deutsche Arbeitersache wäre das eine sehr vernünftige Entwicklung. Die englischen Arbeiter sind mit ihren Erfolgen den deutschen Arbeitern ein sehr weites Stück vorausgeeilt.

v. Elm's „Beschränkung“ will sich darauf stützen, daß der Gewerkschaftskongress die Propagierung des politischen Massenstreiks für verwerflich erklärt hat. Mit Casselle ist v. Elm der Meinung, daß das allgemeine Wahlrecht eine Wagenfrage sei, und daher

ein Flugblatt ausgeben und nur 3 Versammlungen abhielten, wovon die erste schwach, die zweite gut und die letzte mittelmäßig besucht war. Die Vorträge hielt an Stelle des durch den Tod unseres Verbandsamts verhinderten Redakteurs Goldschmidt, Verbandssekretär Klavon in Berlin. Die wüste Agitation der Christlichen und sogenannten freien Gewerkschaften, welche am Wahltag selbst noch 3 respektive 2, also 5 Flugblätter verteilten, und an den Wahllokalen selbst, haben den hiesigen Arbeitern die Augen geöffnet und gezeigt, daß bei der nächsten Wahl 1906, wo 16 Bewerber zu wählen sind, auch Alles aufgeboden werden muß, um wenigstens 2 oder wenn es geht auch 3 Sitze zu erhalten. Es müssen mehr Versammlungen abgehalten und mehrere Flugblätter verteilt werden. Auch müssen unsere Kollegen am Wahltag sich noch mehr in den Dienst der Agitation stellen. Wilh. Henke, Verbandsvorsitzender.

Verbands-Zeitung

5. Sammelliste*)

für die angeschlossenen Gewerkschaften in Bayern. Bauhandwerker: Rosen 10, - Bildhauer: Berlin, gef. durch Klinker 5,25, Berlin 13, - Karlruhe 4,80. Cigarren- und Tabakarbeiter: Rohrbach 3,50. Fabrik- und Handarbeiter: Brandenburg 7, - Garmen 3,10, Herten 2,20, Götlich 5, - Völschwig 5, - Lauterbach i. B. 4,20, Mörslein 1, - Stegitz II 3, - Graphische Berufe: Berlin II 3, - Gannstatt 3,50, Aue b. Zeitz 4,50. Kaufleute: Berlin X 3, - Achersleben 3,55, Mannheim 4,50. Klempner u. Metallarbeiter: Berlin VIII 6,45, Coepenick 2,40, Herne 2, - Oppeln 1,90, Stierstedt 4, - Berlin VII 3,45, Mallmitz 6, - Willbau 5, - Düsseldorf 5, - Maschinenbau- und Metallarbeiter: Achersleben 15, - Berlin III 15, - Berlin IV 7, - Bielefeld 5, - Böhlerhatte 16,50, Breslau II 20,45, Gifflin 3,50, Danzig II 6,10, Gladbeck 6, - Gnesen 3,30, Grabow 6, - Hamburg II 20, - Harburg i. B. 5, - Kiel 3, - Lüdnitz 6, - Mallmitz 7,40, Osthofen 7, - Renig 4, - Banheimerort 5, - Weisenfels 6,10, Zweibrücken 10, - Zwickau 8,90, Berlin V 2, - Wetter 25, - Ammendorf 3,85, Biederach a. Rh. 10,60, Esslingen 43, - Farnroda 5,85, Duisburg II 3,25, Solingen 4,60, Straßburg 2,50, Zittau 12, - Berlin (Kliß) 3, - Altona 10, - Gremsdorf 15, - Kiedelhausen 3, - Berlin VIII 0,75, Ahlen 8,50, Berlin VII 19,75, Grimmitzschau 11,35, Hemer 5, - Höntrop 3, - Pöhlwald 3, - Pulsnitz 5,50, Rawitzsch 2,55, Recklinghausen 8, - Reisholz 3,70. Tischler: Stettin I 27,65, Stolp 12,50, Berlin VI 11, - Hagen i. B. 6, - Töpfer: Slogau 7,35, Grunau i. Westpr. 6,25. Ortsverbände: Döbeln 12,50, Anbnick 6,50, Schleußig 10, - Privat: Verbandsbureau 31,13. Summa 647,18 Mk., bereits quittirt 2553,70 Mk. Insgesamt 3200,88 Mk. Berlin, den 17. Juli 1905.

R. Klein, Verbandskassierer.

Quittung über eingegangene Beiträge für die Verbands- und Organisationspro Mai und Juni 1905.

Bauhandwerker: Generalrath M. 340,98. Bergarbeiter: Generalrath 209,36. Bildhauer: Generalrath 105,20. Cigarren- u. Tabakarbeiter: Generalrath 334,16. Fabrik- und Handarbeiter: Brandenburg 4,20. Graph. Berufe: Generalrath 858,28. Kaufleute: Generalrath 1280,86. Klempner und Metallarbeiter: Generalrath 485,94. Berlin I 2,15, Berlin II 1,05, Biederach 0,70. Konditoren: Generalrath 81,84. Maschinenbau- und Metallarbeiter: Generalrath 892,24. Berlin II 7,35, Bremen 0,40, Dresden I 0,70, Hamburg I 0,85, Leipzig II 0,85, Meiderich II 0,35. Schneider: Generalrath 497,52. Tischler: Generalrath 1046,56, Mannheim 0,35. Deutsche Frauen: Generalrath 297,50. Kleiner: Berlin 19,00. Vergolder: Berlin 10,00. Brauer: Hamburg 47,10. Privat: School-ilm 1,50. Summa Mk. 15 297,66. Inserate: Frauen-Begräbnisliste 26,00, Maschinenbauer Berlin VIII 2,60, G.-B. der Stuhlarbeiter 6,80, Ortsverband Ansbach 3,30, Graph. Berufe Berlin I 1,65, G.-B. der Konditoren 2,40, Ortsverband Cottbus 3,60. Summa 46,30. Verkaufte Druckfachen 7,50. Berlin, Juli 1905.

R. Klein, Verbandskassierer.

*) Geldsendungen an den Verbandskassierer Rudolf Klein, Berlin N.O. 55, Greifswalderstr. 221/228.

Frauen-Begräbnisliste des Verbandes.

Quittung über eingegangene Beiträge pro Monat Juni 1905. Bauhandwerker: Pichsen 1,41. Fabrik- und Handarbeiter: Pielitz-Graubenz 2,34, Müller-Graubenz 1,12. Kaufleute: Jarm-Berlin 1,98, Erlangen 6,76, Leipzig 4,16, Weisenfels 0,80, Mathias-Braunshweig 1,56. Schuhmacher: Bromberg 15,34, Zeitz 4,94. Stuhlarbeiter: Erlangen 21,06, Sagan 14,69. Summa 100,40 Mk. Berlin, den 17. Juli 1905.

R. Klein, Hauptkassierer.

E. Klavon, Hauptkontrollierer.

Versammlungen.

Berlin. Distriktsklub der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.) Sitzung jeden Mittwoch, Ab. 8 1/2-10 1/2 Uhr im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine, NO., Greifswalderstr. 221/228. Gäste stets willkommen. - Sängerkor der Deutschen Gewerksvereine (G.-V.) Jeden Donnerstag, Abends 9-11 Uhr, Uebungsstunde im Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine (Grüner Saal). Gäste herzlich willkommen. - Sonnabend, 22. Juli. Maschinenbau u. Metallarbeiter V. Abends 8 1/2 Uhr, Kottbuserstr. 4a. L.-D.: Protokolle. Mitteilungen. Generalraths-Protokolle. Wahl des 2. Vorgesetzten und Beisitzers. Verschönerung. - Maschinenbau u. Metallarbeiter X. Ab. 8 1/2 Uhr bei Klavon, Büdlerstr. 20. L.-D.: Protokolle. Werkstattelegenheiten. Verschönerung. Fragekasten. - Klempner u. Metallarbeiter V. Ab. 9 Uhr bei Gedwies, Linienstr. 72. - Fabrik- und Handarbeiter I. Ab. 9 Uhr, Tempelherrenstr. 20a. L.-D.: Organisations. Beitragszahlung. Generalraths-Protokolle. - Fabrik- und Handarbeiter IV. Ab. 8 1/2 Uhr bei Pöhl, Hüfstr. 34. L.-D. daj. und Ausgabe der Billets zum Sommernachtsball. - Fabrik- und Handarbeiter V. Ab. 8 1/2 Uhr bei Kranz, Dunderstr. 8. L.-D. daj. - Stuhl- (Textil-) Arbeiter. Ab. 8 1/2 Uhr, Restau. Sydow, Sandbergstr. 6. - Fabrik- und Handarbeiter Hannover. Sonnabend, 22. Juli, Ab. 9 Uhr in Wiedbrauf's Hotel.

Crisis- und Medizinalverbände.

Magdeburg und Umgegend (Ortsverband). Montag, 24. Juli, Ab. 8 Uhr im Apollo-Restaurant (großer Saal) Gedächtnisfeier für den verstorbenen Anwalt. Vortrag des Generalsekretärs G. Hahn-Burg. Vollzähliges Erscheinen erwünscht. - West- und Umgegend (Ortsverband). Sonntag, 30. Juli, Nachm. 2 1/2 Uhr Vertreterversammlung beim Wirtz Schölen in Bruchhausen, Schulstraße.

Veränderungen bezw. Ergänzungen zum Adressenverzeichnis.

Göppingen (Ortsverband). Ditto Härer, Sekretär, Bahnhofstr. 20; Heinrich Hummel, Kassierer, Schülerstr. 48. Berge b. Forst (Stuhl- und Textilarb.). Th. Jädel, Vorsitzender, Kl. Schulstr. 9; Paul Matthe, Kassierer, Kl. Schulstr. 9; Ditto Ernst, Schriftführer, Kl. Schulstr. 9. Ratibor (Konditoren). Paul Czieslied, Kassierer, Kohlenstr. 4, II. Berlin VII (Maschinenbau- und Metallarbeiter). Max Kergel, Vorsitzender, Berlin N. 20, Badstr. 61.

Storbefragel.

Leopoldshall (Fabrik- und Handarb.). Heinrich Hartmann, geb. 1. 5. 1886, gest. 2. 7. 05; Frank 4 Wochen.

Literatur.

Zur Korrektheit und Sicherung der Kassenführung wird den Beamten von Krankenkassen, Versicherungsanstalten, Fabriken, Hospitäler u. ein neues Hilfsmittel geboten, das ihnen sehr willkommen sein dürfte. Der „Schnellrechner“ von C. Braun, in dem Verlage von Otto Walter in Ravensburg erschienen, giebt Tabellen, in denen Jahres- und Monatsgehälter auf eine beliebige Anzahl von Tagen und Tagen ausgerechnet sind. Durch geschickte Einteilung wurde der gewaltige Zahlenstoff dieses „Schnellrechners“ auf 175 Seiten bequemen Formats untergebracht und dadurch ein praktisches Hilfsmittel geschaffen, das eine große Geschäftvereinfachung gewährleistet und sich durch Genauigkeit und Zuverlässigkeit auszeichnet. Das bei seiner Stofffülle billige Buch (Mk. 3,00 broch., Mk. 3,50 gebunden) sei allen Interessenten zur Anschaffung empfohlen.

Anzeigen-Zeitung

Inserate werden nur gegen vorherige Bezahlung aufgenommen.

Medizinalverband Berlin und Vororte.

General-Versammlung am 13. August cr., Vormittags 10 Uhr, im Verbandsbureau, Greifswalderstr. 221/23.

Tages-Ordnung:

I. Kassen- und Revisionsbericht pro II. Quartal 1905. II. Geschäftliches.

Der Vorstand.

S. A.: G. Körner, N.O., Bögnerstr. 28.

Hue u. Umgegend (Ortsverband). Durchreisende Kollegen erhalten 50 Pf. beim Verbandskassierer Paul Wetzig in Lauter 206.

Verbandsbureau der Deutschen Gewerksvereine

Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

Treffpunkt aller Gewerksvereinskollegen an den Abenden und an jedem Sonntag. Frächtige Kessale, große Restauration mit vorzüglicher Küche, schöner Sommergarten, vier Regelmahnen. Alles den Anforderungen der Neuzeit entsprechend eingerichtet. Zur Abhaltung von Sommernachtsbällen, Sommerfesten, Familien-Raffeeochsen u. s. w. allen Ortsvereinen und Mitgliedern bestens empfehlend, ladet zum Besuch freundlichst ein.

Carl Berndt, Deponom.

N.B. Die Kessale stehen auch an Sonnabenden und Sonntagen den vereinsfähigen Ortsvereinen zu Versammlungen und Vereinsfestlichkeiten zur gef. Verfügung.

Die Arbeiterberufsvereine und die Parteipolitik.

Der Leitartikel aus Nr. 5 des „Gewerksvereins“ ist als Broschüre erschienen, die auf Wunsch in jeder Anzahl für die Agitation gratis zur Verfügung steht. Das Verbandsbureau, Berlin N.O., Greifswalderstr. 221/23.

1) Siegen u. Umgegend (Ortsverb.). Besprechungskarten in Siegen, Markburgerthor bei Karl Klingendor.

auch mit Magenwärme verteidigt werden müsse. Die Gewerkschaften aber verlangten Ruhe für ihre Entwicklung. Wenn da angeht die reaktionären Versuche, das Wahlrecht einzuschränken, gejagt werde, man wolle Ruhe haben, dann bedeute dies nichts Anderes, als daß man die Waffen vor dem Feinde strecke. In der Christenbewegung ist auch die englische Arbeiterpartei getrennt vom Bürgerthum vorgegangen. In dem Streben aber nach rein materiellen Vorteilen, nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit sei in den englischen Arbeitern der Sinn für politische Ideale verkümmert. In England ist tatsächlich die Arbeiterbewegung zu ihrem Vorteil wieder in das Bürgerthum hinein gewachsen. Die sozialdemokratische Partei ist dabei allerdings hinten herunter gefallen. Und nun wünscht v. Elm, daß den Anfängen einer solchen Entwicklung in Deutschland rechtzeitig entgegen getreten werde, sonst würden die Hoffnungen bürgerlicher Elemente, die sich an den Gewerkschaftskongress in Köln knüpften, nicht ganz unberechtigt sein. Die Reaktionen in Deutschland würden nicht beunruhigt von dem Endziele der Sozialdemokratie, denn sie wüßten, daß dieses nur das Resultat einer längeren wirtschaftlichen Entwicklung sein könne und werde. Nur durch das Heute werde die Reaktion in eine ständig wachsende Unruhe versetzt. Darum wäre es am Platze gewesen, den Machthabern in Deutschland urzweideutig zu erklären: „Wagt ihr an dem Grundrecht des deutschen Volkes, am Wahlrecht, zu rütteln, dann werde die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter ihre wirtschaftliche Macht voll einsetzen, um ein solches Verbrechen zu verhindern.“ Statt dessen habe man das Gegenteil gethan und eine Resolution gegen den politischen Massenstreik beschlossen. — Wir haben wiederholt eingehend und gründlich nachgewiesen, daß der Generalstreik, zumal zu einem politischen Zweck, aber auch an sich, ein Generalunfuh ist, weil die Arbeiterpartei garnicht in der Lage sein kann, ihn erfolgreich durchzuführen.

Verständniß und Begeisterung für politische Volksrechte kann den Massen allerdings nicht über Nacht, nicht im Moment des Kampfes kommen. Also müsse dies ohne Unterlaß gelehrt und propagirt werden, und als ein oberer Hochschultag hierfür sei die internationale Feier des 1. Mai anzusehen. Wenn es sich bei der Maiseier lediglich um eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit handele, so würde v. Elm dafür sein, von einer Arbeitsruhe am 1. Mai abzugehen. Die Maiseier sei aber zu einer Demonstration für den Sozialismus geworden. Uha! da widerlegt sich Herr v. Elm wieder einmal selbst. Wäre es ihm ernst damit, daß die Gewerkschaften von der sozialdemokratischen Partei unabhängig sein sollen, dann hätte er wohl damit zufrieden sein können, daß die Maiseier auf dem Kölner Kongress dieselbe in Grund und Boden hinein verurtheilt wurde. Haben die Gewerkschaften wirklich nichts mit der Sozialdemokratie zu thun, was geht sie dann eine Feier an, die eine Demonstration für den Sozialismus sein soll? —

Im zweiten Artikel äußert sich Eduard Bernstein über Partei, Gewerkschaften und Maiseier. Bernstein zeigt in seinem Artikel den wesentlichen Unterschied zwischen dem politischen Parteiführer und dem Gewerkschaftsführer. Die Sozialdemokratie als politische Partei stehe der Gesamtheit der nichtsozialdemokratischen Parteien kämpfend gegenüber; auch wenn sie zwischen ihnen prinzipiell Unterchiede mache, bekämpfe sie faktisch doch die einen so gut wie die anderen, oft gerade die ihr am nächsten stehenden Parteien mit größerer Festigkeit, als die ihnen in jeder Hinsicht feindlichen Parteigruppen. Es sei eine unter verschiedenen Gesichtspunkten unangenehme, aber, wie die Verhältnisse einmal sind, unvermeidliche Thatsache, daß die Sozialdemokratie gerade denjenigen Parteien, mit denen sie gegebenenfalls im Parlament zu kooperiren hat, im außerparlamentarischen Kampf am stärksten zu Leibe geht. Die Sozialdemokratie will eine „Verschärfung der politischen Gegensätze, Zuspitzung zu einem gewaltigen Zusammenstoß zwischen einer sozialdemokratisch geführten und einer den Reaktionsparteien folgenden Masse“. In der Partei habe heute der politische Pessimismus die Oberhand, dem die Verschlechterung der Zustände als die normale, die Verbesserung als die anormale Erscheinung gelte.

Dieser Pessimismus aber vertritt sich auf die Dauer nur schlecht mit der Gewerkschaftsbewegung. Ober, um es genauer auszudrücken, die Gewerkschaftsbewegung vertritt solchen Pessimismus auf die Länge der Zeit nicht. Sie erweist ihre Existenzberechtigung durch die Verbesserungen, die sie erzielt, durch die Verschlechterungen, die sie verhindert hat. Weil sie begrenzte Aufgaben zu erfüllen hat, als die politische Partei, ist sie mehr, als diese, auf materielle Erfolge angewiesen. Wer das nicht anerkennt, bricht über sie, ob er es will oder nicht, grundsätzlich den Stab, spricht ihr jede Möglichkeit oder jedes Recht zu einer eigenen Entwicklung ab. Das heißt, er läßt ihr nur eine politische Entwicklung, und zwar die auf den revolutionären Generalstreik hin, wie ihn die französischen antiparlamentarischen Gewerkschafter sich als Ziel stellen, und bei dem die Gewerkschaft aufgehört, Gewerkschaft zu sein, und zur politischen Massenbewegung in gewerkschaftlichem Gewande wird, die keine andere politische Bewegung neben oder gar über sich anerkennt. Man verbiete den Gewerkschaften die Politik der schrittweise zu gewinnenden Verbesserungen, und man drängt sie mit Nothwendigkeit entweder zur völligen

Ablösung von der großen sozialistischen Arbeiterbewegung oder zur völligen Verlegung auf die Generalstreikpropaganda, mit der eine Ausbildung wirtschaftlich leistungsfähiger Gewerkschaften erfahrungsgemäß unvereinbar ist.“

Diese Ausführungen Bernstein's halten wir für zutreffend und damit für wichtige Schläge gegen die v. Elm'schen Ausführungen.

Sehr interessant ist es auch, daß Bernstein eine gewisse Interessengemeinschaft zwischen Unternehmern und Arbeitern anerkennt, ganz in dem Sinne, der uns den Vorwurf der Harmonieubelei eingebracht hat. Wohl kämpften die Gewerkschaften wider den Unternehmer um möglichst günstige Arbeitsbedingungen, sie seien aber mit den Unternehmern gleichmäßig an günstigen Marktbedingungen und guter Geschäftskonjunktur interessiert. Für die Sozialdemokratie sei der Kampf der Normalzustand, die Gewerkschaft aber möge noch so kampflustig sein, sie werde den Kampf doch immer als die Ausnahme, den Frieden oder den zum Frieden sich ausdehnenden Waffenstillstand als die Regel betrachten müssen, weil sie anders die Bedingungen ihrer Existenz, die Voraussetzung ihrer Verfolge untergraben würde. Ihre (der Gewerkschaft) Fortschritte sind an die Prosperität ihrer Industrie gebunden, ihr Selbsterhaltunginteresse verbietet ihr eine Laxität, welche ihrer Industrie ernsthaften Abbruch thut.

Aus diesen Deductionen heraus versteht Eduard Bernstein die kritische Haltung des Kongresses zur Maiseier. Die Maiseier sei eine Demonstration; für die Wirkung einer Demonstration sei aber nichts gefährlicher, als ihre ein für allemal bestimmte Regelmäßigkeit. Die Wirkungskräfte von Demonstrationen liegen in ihrer Spontanität, ihren Elementarcharakter.

Das ist richtig! Dies hat insbesondere die Sozialdemokratie auch im Reichstage bei ihrer Laxität einmal gründlich erfahren können. Es ist aber sehr schön von Eduard Bernstein, daß er dies heute anerkennt.

Die Dritte im Bunde, Helma Steinsbach, kritisiert namentlich die Genossenschaftsdebatte auf dem Kölner Gewerkschaftskongress und sucht zu beweisen, daß die Gewerkschaften tatsächlich manchmal unvernünftige Forderungen stellen. Bei passender Gelegenheit kommen wir auf diesen Aufsatz zurück.

Δ Die Fabrikeninspektion und die Arbeiter.

II.

Wir setzen in heutiger Nummer die Mittheilungen der Fabrikeninspektoren über ihr Verhältnis zu den Arbeitern fort. Fast durchweg wird hervorgehoben, daß die Beziehungen von den Arbeitern gute waren. Der Fabrikeninspektion ist es immer mehr gelungen, das Vertrauen der Arbeiter zu gewinnen. Geklagt wird auch diesmal wieder, daß die Arbeiter nicht in die Sprechstunden kommen, sondern zu einer ihnen passenden anderen Zeit. Vielleicht liegt dies daran, daß die Sprechstunden nicht überall genügend bekannt sind. Wir hoffen, daß die Äußerungen der Fabrikeninspektoren überall gelesen und beachtet werden. Diese Berichtsaussätze bilden jedenfalls einen wirksamen Stoff zu Vorträgen und Diskussionen in den Ortsvereinen.

Regierungsbezirk Merseburg. Regierungs- und Gewerberath Scultetus in Merseburg. Wie in den Vorjahren, so kann auch diesmal wieder berichtet werden, daß die Beziehungen der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern ebenso wie zu den Arbeitern fortwährend gute gewesen sind. Arbeitgeber und Arbeiter sind den Beamten mit Vertrauen entgegen gekommen; nähere Beziehungen knüpfen sich aber nur allmählich nach unablässiger Arbeit und langjähriger Thätigkeit der Beamten in ihren Bezirken an. Daher macht es sich vortheilhaft geltend, daß die meisten Beamten schon geraume Zeit ihre Stellen verwalten und bei den persönlichen und sachlichen Verhältnissen ihrer Bezirke vertraut sind. Nur in einzelnen Fällen gelang es den Beamten nicht, die Abstellung vorgefundener Mängel durch gütliche Vorstellungen herbeizuführen, sodas es notwendig wurde, den Weg polizeilichen Zwanges zu beschreiten. Solche Fälle sind aber nur als Ausnahmen zu bezeichnen, während die Unternehmer im Allgemeinen den Anregungen der Gewerbeaufsichtsbeamten Verständnis und Willfährigkeit entgegenbringen.

Die Sprechstunden der Beamten wurden wie bisher allwöchentlich abgehalten. Der Gewerbeinspektor zu Merseburg hielt außer an seinem Amtssitz auch in den industriereichen Städten Weiskensels und Zeitz Sprechstunden ab und hatte dabei einen gesteigerten Besuch zu verzeichnen. Im Ganzen wurden die Beamten während der Sprechstunden und zu anderer Zeit von 493 Arbeitgebern (488 im Vorjahr) und von 439 Arbeitern (385), im Ganzen von 932 (823) Personen aufgesucht. Die Arbeitgeber pflegen sich Aufschluß und Rath hinsichtlich gesetzlicher Bestimmungen und bei Anträgen auf Genehmigung gewerblicher Anlagen zu erbitten, während die Arbeiter die allerverchiedensten Anliegen vorbrachten. Der Hauptfache nach betrafen diese Lohnzweifigkeiten, sofortige Kündigung, Zurückhaltung von Papieren, Fragen nach Versicherungsangelegenheiten u. s. w. Auch zahlreiche schriftliche Anfragen von außerhalb wohnenden Arbeitern wurden von den Beamten erledigt. Durch Vorträge in Arbeitervereinen haben die Beamten mehrfach anregend und belehrend gewirkt.

Regierungsbezirk Erfurt. Regierungs- und Gewerbeamt Rittershausen in Erfurt. Die Beziehungen der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern und Arbeitern waren befriedigend. Die Einsicht von der erspriesslichen Thätigkeit der Beamten hat zugenommen. . . Die Zahl der Besucher der Amtszimmer hat zugenommen. Sie betrug 656 (gegen 473 im Vorjahr). In Erfurt erschienen 505 (335) Rathsuchende, davon 340 Arbeitgeber, 123 Arbeiter, 42 Beamte und Privatpersonen, in Mühlhausen im Ganzen 151 (188) und zwar 69 Arbeitgeber, 40 Arbeiter, 42 Beamte und Privatpersonen. Außerdem wurde die Sprechstunde in Suhl von 3 Arbeitern aufgesucht. In Erfurt kamen 69 Arbeitgeber und 10 Arbeiter von außerhalb. . . Die Anliegen der Arbeiter bezogen sich auf Entlassung ohne ordnungsmäßige Kündigung, Lohnstreitigkeiten, Mängel von Renten und dergl.

Regierungsbezirk Schleswig. Geheimere Regierungs- und Gewerbeamt Grünwald in Schleswig. Die Benutzung der am Sitze der Gewerbeinspektionen und außerdem in Flensburg eingerichteten Sprechstunden hat gegen das Vorjahr nachgelassen, dagegen sind außerhalb der Sprechstunden erheblich mehr Personen auf den Amtszimmern erschienen, um sich Rath zu holen oder Beschwerden vorzubringen. Im Ganzen sprachen 328 Personen, darunter 305 Arbeitgeber und 23 Arbeiter vor. Drei Arbeiter einer in Konkurs gerathenen Fabrik suchten die Vermittelung des Gewerbeinspektors behufs Sicherstellung der in der Strafkasse angefallenen Gelder nach. Da der Konkursverwalter sich gegen das Verlangen der Aussonderung der Strafkasse aus der Masse ablehnend verhielt, so mußten die Arbeiter auf den Rechtsweg verwiesen werden. Beschwerden über mangelhafte Einrichtungen in gewerblichen Anlagen wurden von 5 Arbeitern vorgebracht und fanden, soweit sie begründet waren, ihre Erledigung. Durch Vermittelung eines Arbeiterssekretariats, eines Gewerkschaftsartikels und von vier Fachorganisationen gingen acht Beschwerden ein, von denen fünf begründet waren und zum erfolgreichen Einschreiten Anlaß gaben. Ferner wurden auch in den Zeitungen veröffentlichte Klagen über Mängel und Verstöße in namhaft gemachten Betrieben auf ihre Berechtigung geprüft.

Regierungsbezirk Hannover, Osnabrück und Aurich. Geheimere Regierungs- und Gewerbeamt von Kosnowski in Hannover. Die Stellung der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern und Arbeitern ist, wie bisher, durchaus befriedigend geblieben; auch das schärfere Vorgehen gegen aufgedeckte Verfehlungen hat nicht vermocht, hierauf einen nennenswerthen oder nachhaltigen Einfluß auszuüben. Der Besuch der von den Gewerbeinspektoren eingerichteten Sprechstunden seitens der Arbeiter hat sich wohl etwas gehoben, ist jedoch leider immer noch viel zu gering geblieben. Es ist dies im Interesse der Arbeiter um so bedauerlicher, als die mündlich vorgebrachten Beschwerden in der Regel sachlich viel zutreffender waren, als die in Zeitungsausschnitten veröffentlichten, häufig übertriebenen Klagen. Bemerkenswerth ist ein Fall, in dem der klageführende Arbeiter durch den Führer seiner Gewerkschaft ausdrücklich zum Gewerbeinspektor verwiesen und ihm empfohlen wurde, ohne Uebertreibung die reine Wahrheit zu sagen. Wenn in allen Fällen derart und zwar rechtzeitig verfahren würde, könnten den Arbeitern manche Unannehmlichkeiten ohne Weiteres erspart werden. Um die Sprechstunden der Gewerbeinspektoren noch mehr bekannt zu machen, soll künftig am Beginne jeden Vierteljahrs deren Lage durch die Amts- und Kreisblätter veröffentlicht werden. Im Interesse der Arbeiter würde es liegen, wenn auch die Gewerkschaften ihre Mitglieder mehr wie bisher auf diese Sprechstunden aufmerksam machen möchten. Die bei den Revisionen seitens der Beamten gegebenen Anregungen fanden in der Regel bei den Unternehmern willige Folge; in einzelnen Fällen mußte jedoch auf den Weg der polizeilichen Verfügung zurückgegriffen werden.

Regierungsbezirk Hildesheim. Geheimere Regierungs- und Gewerbeamt Schüler in Hildesheim. Die Zahl der Besucher in den Amtszimmern war mit 156 Personen, 143 (170) Arbeitgebern und 13 (32) Arbeitern geringer, als im Vorjahre (202). Die Art der verhandelten Gegenstände läßt jedoch den Schluß zu, daß sich das Vertrauen zu den Gewerbeaufsichtsbeamten trotz der geringeren Zahl der Besucher im Allgemeinen nicht verringert hat. Der Umstand allerdings, daß viele mittlere und kleinere Gewerbetreibende oft nur mit großer Mühe dazu zu bewegen waren, Mißstände zu beseitigen und sich den gesetzlichen Bestimmungen anzupassen, selbst wenn es sich um Fälle handelte, wo nur ein wenig guter Wille zur Erfüllung der Wünsche der Beamten erforderlich war, . . . machte sich störend in dem Verhältnisse zu den Arbeitgebern geltend. . . Die allgemein bekannt gegebenen Sprechstunden wurden von 42 Arbeitgebern und von 10 Arbeitern benutzt. . . Die Arbeiter brachten in den Rückfragen meistens Beschwerden über Mißstände an ihren Arbeitsstätten vor, die sich bei der Untersuchung fast ausnahmslos als begründet herausstellten. Ein Arbeiter erbat die Fürsprache des Gewerbeinspektors zur Wiedereinstellung in sein Arbeitsverhältnis, aus dem er wegen Gehorsamsverweigerung entlassen war. Die Fürsprache wurde ihm mit Erfolg zutheil. Auch eine Vermittelung in einer Lohnangelegenheit, um die ein Gewerbeinspektor gebeten wurde, hatte den gewünschten Erfolg. Von 8 Arbeitern wurden schriftliche Beschwerden über Mißstände in gewerblichen Betrieben

angebracht, in Folge deren die Bestrafung eines Gewerbetreibenden gemäß § 147 Abs. 1 Ziffer 2 der S.-O. herbeigeführt werden mußte. Ein Arbeiter benutzte die Gelegenheit, dem Gewerbeinspektor beim Verlassen der Fabrik Mängel aus dieser mitzutheilen, die sich als zutreffend erwiesen. In öffentlichen Versammlungen der Arbeiterberufsverbände und in der Arbeiterpresse wurden ferner mehrfach Mißstände zur Sprache gebracht, die untersucht und abgestellt wurden. Gelegenheit zur persönlichen Berührung mit den Arbeitern fand sich, abgesehen von den Revisionen, in reichem Maße bei der Untersuchung von 207 (186) Unfällen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten, bei 5 polizeilichen Terminen zur Untersuchung von Unfällen, an denen die Beamten theilnahmen, bei der Herbeiführung von Schutzvorrichtungen an Maschinen und Betriebseinrichtungen in 505 Anlagen und bei der Ueberreichung von 5 allgemeinen Ehrenzeichen.

Regierungsbezirk Lüneburg und Stade. Regierungs- und Gewerbeamt Lühdorff in Stade. In den bisherigen guten Beziehungen der Gewerbeaufsichtsbeamten zu den Arbeitgebern und Arbeitern sind keine Veränderungen eingetreten. Auf den Amtszimmern sind die Beamten von 235 Arbeitgebern und 55 Arbeitern aufgesucht worden.

Regierungsbezirk Arnberg. Regierungs- und Gewerbeamt Oppermann in Arnberg. Die Besuche fanden nur verhältnismäßig selten in den besonders angelegten und öffentlich bekannt gemachten Sprechstunden statt. Soweit Arbeiter in Frage kamen, bezogen sich die Wünsche und Anliegen meistens auf Angelegenheiten des Arbeitsvertrags: wie Kündigung, Entlassung, Lohninbehaltung, Schadensersatzansprüche u. dgl. und nur in verhältnismäßig wenigen Fällen auf die Versicherungs-gesetze und auf Mängel der gewerblichen Betriebsstätten. In der Erörterung der letzteren ist der einzelne Arbeiter den Gewerbeaufsichtsbeamten gegenüber ziemlich zurückhaltend, weil er befürchtet, daß derartige Mittheilungen den Arbeitgebern bekannt werden und für ihn unliebsame Folgen zeitigen können. Desto lebhafter werden derartige Mißstände in dem Heile der Tagespresse erörtert, der der Arbeiterschaft zugänglich ist. Daß auf diese Art vielfach weit übers Ziel geschossen wird, und auch Beschwerden vorgebracht werden, die durchaus unbegründet sind, liegt in der Natur der Dinge.

Der Verkehr der Arbeiterorganisationen mit den Gewerbeaufsichtsbeamten hat weiterhin beachtenswerthe Fortschritte gemacht. In mehreren Bezirken sind die Vorstände der Arbeiterverbände und -Vereinigungen mit den Beamten in lebhafteren schriftlichen Verkehr getreten und haben gewissermaßen die Anliegen des einzelnen Arbeiters übermitteln. Der Gewerbeinspektor in Unna entsprach einem Ersuchen einer Gewerkschaft, in einem seit längerer Zeit schwebenden Ausstand einen Vermittelungsversuch zu unternehmen; auch wurde er von der Vertretung der Arbeiterschaft einer größeren Fabrik um Vermittelung bei einem schwebenden Streit angegangen. Der Gewerbeinspektor zu Schmelm nahm anlässlich eines drohenden Ausstandes in einer größeren Fabrik an den von den Organen der betreffenden Arbeiterorganisation veranstalteten Versammlungen der Arbeiter wie auch an Verhandlungen der Arbeitgeber theil und wirkte überall vermittelnd und versöhnend. Dem Umstande, daß die Arbeiterführer seinen Rath befolgten, ist es zuzuschreiben, daß unter beiderseitigem Entgegenkommen der Streit bald geschlichtet wurde. Die Holzarbeiter in Hagen haben bei Gelegenheit von Verhandlungen mit ihren Arbeitgebern die Gründung eines Einigungsamts beschloffen und haben den hiesigen Gewerbeinspektor zum Vorsitzenden erwählt. Das Einigungsamt, welches außer dem Vorsitzenden aus drei Arbeitgebern und drei Arbeitern zusammengesetzt ist, ist aus der Erwägung heraus entstanden, daß das Verfahren vor dem Gewerbegerichte für den Arbeiter sowohl im obliegenden wie im entgegengelegten Falle leiblich Nachteile habe. Wenn der Arbeiter der obliegende Theil sei, so würde er in der Regel bei nächster Gelegenheit entlassen und fände dann an dem nämlichen Orte nur sehr selten aufs neue Arbeit. Kechnlich verhalte es sich, wenn der Arbeiter im Verfahren unterlege; in diesem Falle verlasse der Arbeiter seine Arbeitsstelle und eine neue finde er am Orte selten wieder. In seiner Eigenschaft als Vorsitzender dieses Einigungsamts konnte der Gewerbeinspektor schon zweimal auf Ersuchen der Arbeiter erfolgreich eingreifen und vermitteln. Der Gewerbeinspektor zu Dortmund besuchte auf Einladung eine Versammlung der dort neu gegründeten Ortsgruppe des Gewerbevereins der Heimarbeiterinnen und gab auf Wunsch einen kurzen Ueberblick über die Kranken- und Invalidenversicherung und deren mögliche Anwendung auf die Heimarbeiter. Die nachfolgende Besprechung ergab, daß diese Arbeiter durchweg den dringenden Wunsch hegen, sobald wie irgend möglich der Wohlthat dieser Einrichtungen theilhaftig zu werden. Auch die Beamten zu Hagen und Unna kamen in die Lage, in einigen Fällen an den Versammlungen von Arbeitervereinigungen theilzunehmen und auf Wunsch der Theilhabenden Vorträge über die Aufgaben der Gewerbeinspektion und über die Arbeiterschutzgesetzgebung zu halten. Hierbei bot sich den Beamten willkommene Gelegenheit, mit den Arbeitern in engere Fühlung und dadurch in die Lage zu kommen, Mißverständnisse zu beseitigen und Vorurtheile aufzuklären. Besonders Gewicht wurde darauf gelegt, daß in erster Linie das Gemeinwohl der Interessen, die zwischen Arbeitgebern und Arbeitern bestehen, betont wurde, und daß beiden Seiten in objektiver und unparteiischer

in Schlesien. Die Schuhmacher dieses Ortes liefern ihre Schuhwaren in der Hauptsache auf den Breslauer Markt. Im Ganzen werden 30 Gesellen beschäftigt, wovon 70 unserm Gewerke in der Schuhmacher und Lederarbeiter angehören. Ein fleißiger Geselle verdient die Woche 7-9 Mk., und wenn es ganz besonders gut geht auch 8-10 Mk. In den Heimwerkstätten findet man vielfach auch die Frauen auf dem Schmelz sitzend und wie die Männer den Peddrali ziehen. Einfache ungelernete Tagelöhner verdienen 1,80 Mk. pro Tag im gelegneten Neumarkt, der gelernte Schuhmacher aber bringt es nur auf 1,10 Mk. und ausnahmsweise und im Höchstfalle auf 1,60 Mk. den Tag. Die Arbeiten werden nach Akkordlöhnen bezahlt. Es sind wahre Jammerlöhne! Die Schuhmacher sind nun in eine Lohnbewegung eingetreten und dürfte es auch zum Ausstand kommen, wenn die Forderung nicht nachgibt und die bescheidene Forderung der Gesellen: 10 Pf. pro Paar Schuhe und 20 Pf. pro Paar Stiefel mehr zu bezahlen, erfüllt. Die Bemühungen des Herrn Bürgermeisters Schüller, die Forderung zu einem Entgegenkommen zu veranlassen, blieben bisher ohne Erfolg.

Gegen den Abschluß von Tarifverträgen hat sich mit einer höchstmerkwürdigen Begründung die Handelskammer von Saarbrücken gewendet. Diese Kammer war vom Regierungspräsidenten befragt worden, ob eine Beschränkung der Bezahlungsfrist in Druckereien empfehlenswert sei. Daraufhin sagte die Handelskammer folgenden Bescheid:

Die Handelskammer verurteilt Tarifabkommen, wie dasjenige der Sezer und Drucker mit den Druckereibesitzern, auf Schärfste wegen ihrer gleichmächtigen Tendenzen, die im Widerspruch zu der natürlichen Bescheidenheit menschlicher Leistungen stehen, sieht in ihnen den Hauptgrund der bedeutenden Vertiefung der Druckkosten im letzten halben Jahrzehnt und würde in einer Beschränkung der Bezahlungsfrist in den Druckereien nur ein Mittel sehen, durch künstliche Steigerung der Arbeitslöhne außer jedem Verhältnis zur Arbeitsleistung die Druckkosten noch höher hinaufzuschrauben, während gleichzeitig eine Menge junger Leute, die sich gern in einem bestimmten Berufe ausbilden würden, ungelernit bleiben müßten und so auf einer niedrigeren Stufe festgehalten würden. Eine Bezahlungsbeschränkung in der Druckereigewerbe würde die Ausbildung des Drucker- und Sezerstandes zu einer Katastrophe führen.

Es lohnt sich nicht, diese Weisheit zu widerlegen. Die Erklärung legt nur Zeugnis davon ab, daß der Geist des Freiherrn v. Stumm in Saarabien immer noch umgeht. Selbst weit nach rechts stehende Blätter, wie z. B. die nationalliberale „Kölnische Zeitung“ verurteilt die Haltung der Handelskammer in scharfer Weise:

Die Saarbrücker Handelskammer hat in ihrer letzten Sitzung einen scharfen Vorstoß gegen die Tarifgemeinschaft im Buchdruckergewerbe unternommen, der in den Kreisen der hiesigen Buchdruckereibesitzer und darüber hinaus lebhaften Einspruch erregt. Der Vorstoß der Kammer ist leider geeignet, die ruhigen Verhältnisse im Buchdruckergewerbe zu stören und unnötig Unruhe in der Arbeiterchaft hervorzurufen. Die Kammer geht in ihrer Abneigung gegen die Tarifgemeinschaften im gewerblichen Leben sogar soweit, der Bezahlungsfrist das Wort zu reden, um Preisstreikereien zu ermöglichen. Diese einseitige Stellungnahme der Kammer, deren Beschluß ohne vorherige Auskunft bei hiesigen tariftreuen Buchdruckereibesitzern erfolgt ist, wird voraussichtlich zu einem Einspruch führen. Bemerkenswert ist, daß die Kammer selbst ihre Druckkosten bei einem tarifrechtlichen Verleger anfertigen läßt.

Auch die noch weiter nach rechts stehende konservative „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ weist die Anschauung der Saarbrücker Handelskammer ebenfalls zurück, indem sie schreibt:

Bekanntlich hat sich im Gegenzug zu dieser Anschauung der Saarbrücker Handelskammer die Ansicht ziemlich allgemein Geltung verschafft, daß sich die Buchdruckertarifgemeinschaft ausgezeichnet bewährt hat, und daß deshalb im Interesse des wirtschaftlichen Friedens der Abschluß ähnlicher Tarifvereinbarungen auch in anderen Industriezweigen nach Möglichkeit anzustreben ist.

Die Handelskammer in Saarbrücken läßt ihre Druckkosten in einer Druckerei herstellen, die dem Tarif zuwider handelt. Vielleicht hat dieser Buchdruckereibesitzer die Handelskammer „unterrichtet“ und sie damit vor den Wagen seiner Interessen gespannt. Aber auch in diesem Falle kann uns die Kammer sehr leid thun.

Die **Bauunternehmer in Essen** haben die Aussperrung nun doch vorgenommen, obgleich man hoffen durfte, daß das energische Auftreten der städtischen Behörden diesen Schritt verhüten würde. Die Unternehmer haben sich an den Minister des Innern mit einer Beschwerde gegen den Oberbürgermeister Zweigert gewendet, worin sie ausführen, daß der Herr Oberbürgermeister nicht Kontrahent des Tarifvertrages sei, da er weder Rechte noch Pflichten aus diesem übernommen habe. Darum habe er auch kein Recht gehabt, in diesen Streit einzugreifen. Der Vertrag sei zwischen den Arbeitgeber und Arbeitern des Bundesgebietes für das Wohngebiet Essen-Mittenscheid abgeschlossen. Die Aussperrung sei erfolgt, weil in verschiedenen Orten des Bundesgebietes Maßregelungen gegen nichtorganisierte und Mißhandlungen durch organisierte Arbeiter vorgekommen seien. Auch sei verschiedenen Arbeitgebern erklärt worden, daß man nicht weiter arbeiten werde, wenn sie in dem Arbeitgeberverband verblieben. Dies verstöße gegen § 9 des Vertrages und somit sei die Aussperrung zu Recht geschehen. Die soziale Kommission der Stadtverordnetenversammlung, an welche der Antrag des Oberbürgermeisters zur

Vorberatung verwiesen war, hat sich im Wesentlichen auf den Standpunkt des Antrages gestellt. Oberbürgermeister Zweigert theilte mit, daß er bei Kontraktbrüchen der Arbeiter schon in 50-60 Fällen die Unternehmer unterstützt habe. Wenn bei einem der Stadt verpflichteten Unternehmer die Arbeiter mit Kontraktbruch in den Ausstand getreten wären, so sei der Unternehmer von der Vertragspflicht gegen die Stadt für diese Zeit entbunden worden. Die Bauarbeiter haben bei denjenigen Unternehmern, die nicht aussperrten, die Arbeit niedergelegt unter Einreichung von neuen Forderungen, da der abgeschlossene Vertrag durch das Vorgehen der Unternehmer aufgehoben worden sei. Durch dieses Vorgehen der Arbeiter kann es sehr leicht geschehen, daß die vorhandene allgemeine Sympathie ihnen entzogen wird. Die Arbeiter mußten sich unbedingt an den Vertrag halten, der bis dahin nur von den Unternehmern gebrochen war. Am heutigen Dienstag Abend soll, wie Oberbürgermeister Zweigert mittheilt, eine Sitzung der Einigungskommission stattfinden. Die Organisationsleiter haben daraufhin die Anweisung ausgegeben, die Arbeit bis zur Entscheidung der Einigungskommission wieder aufzunehmen. Es wird erklärt, daß die Bauarbeiterversammlung, welche den Ausstand beschloß, hierzu nicht kompetent gewesen sei.

In Solingen stellt der **Metallarbeiterverband die Streikbrecher**. Hinter dem Rücken der anderen Organisationen verhandelte der Metallarbeiterverband mit der Firma Hammesfahr und veranlaßte dieselbe, daß sie die mit den Lokalorganisationen getroffenen Abmachungen wieder zurücknehme. Das hat die Firma auch gethan. Die Arbeiter sind darauf hin in den Ausstand eingetreten. Um den Ausstand illusorisch zu machen, liefert der Metallarbeiterverband die Streikbrecher. Selbst die sozialdemokratische Bergische Arbeiterstimme ist von diesem Treiben ihrer Vertreter nicht mehr erbaut. In Nr. 136 erklärt dies Blatt, daß das Verhalten des Metallarbeiterverbandes alle Grenzen übersteige. Andere Gewerkschaften begütigte er als Streikbrecher. Dazu habe der Metallarbeiterverband kein Recht mehr, denn er treibe in Solingen Arbeiterverrath, er liefere die Arbeiterchaft dem schlimmsten Gegner der Organisation, dem Unternehmer Hammesfahr aus.

Wir erhalten aus Magdeburg folgende Zuschrift: Ueber einen **Terrorismus** schlimmster Art kann ich berichten. Komme am 20. Juli in Magdeburg an und erhielt auch Arbeit bei dem Bildhauer Herrn H. Koch, Lüneburgerstr. 2a. Kaum hatte ich die Werkstätte betreten, als einer der Kollegen an mich herantrat mit der Frage, ob ich durch das Verbandsbureau die Arbeit erhielt? Ich entgegnete, daß ich umgeschaut hätte. Darauf wurde mir von dem Kollegen bedeutet, daß dies hier verboten sei, worauf ich entgegnete, daß ich dies als Fremder nicht wissen könne. Aus dem Wort „Fremder“ schloß man richtig, daß ich nicht Mitglied des Centralverbandes war. Auf die Frage, sind Sie im Verband?, entgegnete ich nein, ich bin im Gewerkeverein der Tischler organisiert. So, ein Tischler! — Nun dann können Sie hier nicht arbeiten und müssen die Arbeit niederlegen. Sollten Sie dies nicht thun, so werden wir dem Meister mittheilen, daß wir nicht mit Ihnen zusammen arbeiten und wir dann die Arbeit niederlegen werden. Mit einem Gewerkevereiner arbeiten wir nicht zusammen. Eventuell solle ich dem Verband beitreten. Ich sagte dann allerdings dem Herrn meine Meinung, auch, daß ich meine Organisation nie verlassen werde, am wenigsten aber einer solchen Organisation beitreten werde, die sich einer so gemeinen Handlungsweise gegen einen organisierten Kollegen schuldig macht. In Folge weiteren Schikanirens und aus Ekel über solche Elemente, zog ich es vor, eine andere Werkstätte aufzusuchen. Dem Meister stellte ich dies vor, der dann verlangte, ich sollte ihm das schriftlich einreichen, was man in seiner Werkstätte von mir verlangte. Nun, dem Wunsche bin ich auch nachgekommen, habe den Meister nicht im Zweifel darüber gelassen, ihm auch mitzuthellen, was ich über solche Kollegen, wie über einen Meister denke, der sich Derartiges in seiner Werkstätte gefallen läßt. Sehr erbaut wird derselbe nicht davon gewesen sein, denn meine Meinung war bitter, aber wahr.

Gewerkevereins-Zeitung.

§ **Demmin.** Am Sonntag, 28. Juli, ist es uns gelungen, in Törpin einen Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter zu gründen. Der Vorsitzende Kollege Neumann eröffnete die Versammlung Nachm. 4 Uhr und begrüßte die Anwesenden im Namen der Deutschen Gewerkevereine. Hierauf ertheilte er Kollegen Thürkow das Wort, welcher an Stelle des verhinderten Kollegen Präber-Stralsund das Referat übernommen hatte. Redner legte den Anwesenden klar, wie notwendig es sei, sich zu organisieren, und wies auf die Statuten und Leistungen der Gewerkevereine hin. Am Schluß der Versammlung ließen sich 12 Kollegen aufnehmen. Möge dieser neue Verein ein starkes Glied unserer Organisation werden.

§ **Reihe-Neuland.** Am 2. Juli veranstaltete der obige Ortsverband ein Sommerfest, verbunden mit 10-jährigem Stiftungsfest, in der Neuländer Dampfbrauerei. An den Anschlagssäulen war als Festredner Herr Dornblüth genaunt. Da Selbiger aber sein Amt als stellvertretender Generalsekretär antreten mußte und an diesem Tage schon anderweitige Verpflichtungen hatte, war vom Centralrath Herr Stadtverordneter und Ortsverbandsvorsitzender

Weise die richtige Stellung gewahrt und somit ein gutes Einvernehmen unter ihnen möglichst gefördert wurde. Die Unterhaltungen, die bei solcher Gelegenheit geführt wurden, ergaben, daß die zum Besten der Arbeiter erlassenen gesetzlichen Bestimmungen wegen ihrer Unübersichtlichkeit und ihrer wenig volksthümlichen Ausdrucksweise vielfach unrichtig verstanden und falsch ausgelegt werden, sodas oft unerfüllbare Hoffnungen entstehen, die nach ihrem Zusammenbruche zur Unzufriedenheit Veranlassung geben. Eine gleiche Beobachtung läst sich übrigens auch bei Arbeitgebern machen, denen es ebenfalls recht häufig nicht möglich wird, die sie betreffende gewerbliche Gesetzgebung richtig zu erfassen und richtig anzuwenden. Ein nicht unerheblicher Theil der Revisionsthätigkeit muß von den Beamten darauf verwendet werden, den Arbeitgebern in dieser Hinsicht Aufklärung zu geben. Der Gewerbeinspektor in Schwellm hat den Uebungen einer freiwilligen Sanitätskolonne, deren Mitglieder durchweg aus gewerblichen Arbeitern bestehen, mehrfach beigewohnt und dabei Gelegenheit gefunden, mit den Arbeitern wirtschaftliche und gesundheitliche Fragen zu erörtern.

Wochenschau.

Berlin, 25. Juli 1905.

Einzelne Ortsverbände und Ortsvereine führten Klage beim Bureau des Centralraths, daß sowohl von Ausbreitungs- wie auch von Ortsverbänden Listen für Geldsammlungen zur Besendung kämen. Gleichzeitig wurde angefragt, was der Centralrath gegen diese Ordnungswidrigkeit zu thun gedente? In gestriger Sitzung hat das Bureau des Centralraths sich mit dieser Angelegenheit beschäftigt. Es wurde beschlossen:

„Das Bureau nimmt mit lebhaftem Bedauern Kenntniß davon, daß entgegen dem Beschluß des Centralraths Ausbreitungs- und Ortsverbände Geldsammlungen auf Listen vornehmen, ohne hierzu die Genehmigung des Centralraths vorher einzuholen. Das Bureau fordert die Ausschüsse auf, Listen dieser Art nicht in Umlauf zu setzen!“

Wir bitten um strenge Beachtung dieses Beschlusses.

Organe der Centrumpartei veröffentlichten eine Notiz aus Gersl, wonach der dajelbst bestehende D.-B. der Tischler (Hirsch-Dunder) mit Mann und Maus dem christlichen Holzarbeiterverband beigetreten sein soll. Dies beruht auf Unwahrheit! Wahr ist nur, daß ein größerer Theil der Mitglieder dem christlichen Holzarbeiterverband beigetreten ist, weil der Generalrath des Gewerbevereins der Tischler einen von den Mitgliedern in Gersl unternommenen Streik nicht billigen konnte. In Februar d. J. war vom Gewerbeverein der Tischler unter Mitwirkung des christlichen Holzarbeiterverbandes mit dem betreffenden Unternehmer ein Vertrag vereinbart, welcher auf 2 Jahre Giltigkeit hat. Der Streik bedeutete mithin einen Vertragsbruch, den die Gewerbevereinsleitung selbstverständlich nicht billigen konnte. Der christliche Holzarbeiterverband hatte diesen Streik gut geheißen (!) und auf diese Weise einen Theil der Mitglieder des Gewerbevereins zu sich herübergezogen, weil die Gewerbevereinsleitung unter diesen Umständen die Unterstützung verweigerte. Als dann der Streik im Gange war, kam der Hauptvorstand des christlichen Holzarbeiterverbandes zu der Einsicht, daß er unverantwortlich falsch gehandelt hatte und so forderte er auf telegraphischem Wege zur Wiederaufnahme der Arbeit auf. Der Ortsverein der Tischler (Hirsch-Dunder) in Gersl zählt noch 60 Mitglieder und die Ueberläufer werden sich bald davon überzeugen, daß sie von den sogenannten Christlichen nur an der Nase herumgeführt worden sind. Der Notiz in den Centrumsblättern ist auch vielfach noch hinzugefügt, daß der Gewerbeverein der Porzellanarbeiter aus dem Verbande der Deutschen Gewerbevereine ausgetreten und ins sozialistische Lager abgewandert sei. Das ist eine sehr olle Kamelle, denn der Austritt der Porzellanarbeiter erfolgte bereits vor 14 Jahren. Die Notiz soll nur den Zweck haben, die Gewerbevereine (Hirsch-Dunder) zu verächtigen, daß sie „sozialdemokratisch durchseucht“ seien, wie ein anderes Centrumsblatt sich ausdrückt. Die Deutschen Gewerbevereine haben mit der Sozialdemokratie absolut garnichts zu thun und billigen auch die Bestrebungen derselben nicht. Die Centrumsblätter hätten aber alle Ursache mit ihrer Anspielung auf Beziehungen zur Sozialdemokratie vorsichtig zu sein, nachdem in Bayern Centrum und Sozialdemokratie bei den Wahlen Arm in Arm gegangen sind.

Zielbewusste Streikbrecher und gewerkschaftliche Führer, die um einen Judaslohn zum Verräther an der Arbeiterschaft werden. Der Streik der Berliner Leppichweber und Weberinnen der Firmen Baader, Benjamin und Feibisch ist, nachdem bei den beiden ersten vor zwei Wochen eine Einigung erzielt wurde, jetzt auch bei letzterer nach 14 wöchentlicher Dauer beendet.

Wenn auch diese Lohnbewegung nicht resultatlos verlaufen ist, indem sie den beteiligten Firmen eine allgemeine Aufbesserung der

Affordlöhne abnötigte, die bei Baader und Benjamin 8 1/2 Ct., bei Feibisch 7 1/2 Ct. beträgt, so ist doch die Unbeständigkeit und Unsicherheit in den Lohnverhältnissen der Berliner Leppichbranche keineswegs gebessert. Eine tarifliche Festlegung der Löhne ist nicht zu Stande gekommen. Die Gewisheit, auf eine bestimmte Zeit vor unliebamen Ueberlassungen gesichert zu sein, besteht nicht. Wer giebt den Arbeitern die Gewähr, daß die erfolgte Aufbesserung bei Eintritt einer ungünstigen Geschäftslage nicht schneller wieder verloren geht als sie gewonnen wurde?

Die große Ungleichheit in der Zahlung der Stundenlöhne ist auch bestehen geblieben, Benjamin bezahlt für Arbeiten in Stundenlohn 40 Pfg., Baader 35 Pfg., bei Feibisch werden Stundenlöhne nur in ganz besonders seltenen Fällen gezahlt und der freien Vereinbarung überlassen. Auch die Erlangung einer gleichmäßigen Dauer der Arbeitszeit ist nicht möglich gewesen.

Feibisch hat von Anfang an eine den Arbeitern feindlichere Stellung eingenommen als seine beiden Konkurrenten. Während die Herren Baader und Benjamin auf die Anrufung des Berliner Gewerbegerichts als Einigungsamt eingehen wollten, erklärte Herr Feibisch diese „Komodie“ nicht mit zu machen.

Der Bassenstillstand der endlich zustande kam, brachte die schon erwähnte Aufbesserung der Affordlöhne um 7 1/2 pCt., aber unter der Bedingung, daß sechs der früheren Weber nicht wieder eingestellt werden.

Daß die Arbeit unter dieser Bedingung wieder aufgenommen werden mußte, erklärten die Führer damit, daß zuletzt der Zuzug von Streikbrechern in sehr bedeutender Anzahl stattfand, die zum großen Theil von einem der ehemaligen Streikleiter des großen Crimmitschauer Streiks herangezogen wurden!

Wenn es nicht traurig wäre, daß eine durchaus notwendige und berechtigte Lohnbewegung durch dieses unsozialistische Benehmen solcher gewissenlosen Subjekte in seiner Wirkung beeinträchtigt wird, könnten wir uns freuen darüber, daß hier einmal wieder bewiesen ist, wer die wirklichen Streikbrecher sind.

Trotzdem dieser ganze Ausstand nur vom Centralverband der Deutschen Textilarbeiter ausging und Gewerbevereiner nicht theilhaftig waren, gingen unsere zugerufenen Kollegen diesen Betrieben aus dem Wege, aber ein Vertrauensmann des Centralverbandes fällt den Kollegen seiner eigenen Organisation in den Rücken und ein früherer Streikführer schleppt Material heran zur Unterdrückung der eigenen Arbeitsgenossen.

Bedauerlich, und für die Entwicklung und das Ansehen der Arbeiterschaft höchst schädlich ist es, daß eine Arbeiterorganisation, die nicht im Stande ist, solche Auswüchse an ihrem Körper zu verhindern, sich als allein seligmachende hinstellt, alle nicht zu ihrer Fahne Schwärmenden verunglimpft und herunter reißt.

Und schlimmer noch als die Streikbrecher sind solche „Führer“, die um einen Judaslohn zum Verräther an der Arbeiterschaft werden. —bt.

Arbeiterbewegung. Neusalz. Der Streik der hiesigen Bauhandwerker, der 6 Wochen währte, ist am 20. Juli mit gutem Erfolg beendet worden, obgleich die Maurer von ihren Forderungen nicht abließen, auch die Zimmerer ausgesperrt wurden. Es ist ein Tarifvertrag geschlossen für die Zeit vom 1. August 1905 bis 31. Dezember 1906 und gilt derselbe für weiter bestehend, falls nicht eine der beiden Parteien denselben am 1. Oktober 1906 kündigt. Festgelegt ist ein Stundenlohn von 35 Pfg. (bisher 33), Sommer wie Winter gleich. Für Ueberstunden, die von Abends 6—9 Uhr und Morgens 5—6 Uhr gelten, 5 Pfg. Zuschlag, Sonntags- und Nachtarbeit 10 Pfg. Wasserarbeiten werden mit 5 Pfg. Zuschlag pro Stunde berechnet. Sonnabends ist eine Stunde eher Feierabend bei vollem Lohn und an den drei hohen Festen 2 Stunden, wenn voll gearbeitet wird, sonst eine halbe Stunde eher Feierabend. Maßregelungen sind ausgeschlossen. Daß, wenn die beteiligten Organisationen sich gegenseitig achten, etwas Erspießliches entstehen kann, ist auch hier bewiesen. — Auf den Gruben des fiskalischen Kohlenwerkes am Deister ist ein Streik der Bergarbeiter ausgebrochen, an welchem von den 1900 beschäftigten, circa 1500 in den Streik eingetreten sind. Wie uns aus Barsinghausen im Streikgebiet mitgetheilt wird, sind es insbesondere die niedrigen Löhne, gegen welche sich der Ausstand wendet. Die Arbeiter fordern für Dauer einen Mindestlohn von 4 Mk. pro Schicht, für Schleppler I. Klasse 3,50 Mk., für Schleppler II. Klasse 3,00 Mk., für Schleppler III. Klasse 2,50 Mk., für Schleppler IV. Klasse 2 Mk. Gestagt wird ferner über eine wenig würdige Behandlung, über ungeressene Seilschaft, über zu viel Ueberstunden, Unsauberkeit der Grubenbaue und zu vielen Bestrafungen. — In Folge eines Streiks in den Färbereien zu Meerane soll es zu einer umfassenden Aussperrung durch den sächsisch-thüringerischen Färbereier kommen, wenn nicht bis zum Sonnabend dieser Woche zwölf Arbeiter zurückgekehrt sind, daß die Fabriken wieder in Betrieb genommen werden können. Die Streikenden kämpfen um die Einführung eines Lohntarifs. Der Färbereier umfaßt 25 Betriebe. Die Zahl der Färberei- und Appreturarbeiter in diesen Betrieben wird auf 12—15000 angenommen. Wenn es zu dieser Aussperrung kommen sollte, dann kann ein neues Crimmitschau entstehen. — Eulengebirgische Zustände herrschen bei den Schuhmachergesellen in Neumarkt

Seibt. Eleganz dazu beauftragt und auch erschienen. Nach dem 2. Konzertteil hieß unser Verbandsvorsitzender E. Zanke alle Festteilnehmer und Gäste herzlich willkommen und ertheilte Herrn Seibt das Wort zu seiner Festansprache. In feierlichen und wahrheitsgetreuen Ausführungen schilderte Redner zuerst das Leben unseres verehrten Anwaltes Dr. Max Hirsch, wie dieser das Wohl der deutschen Arbeiter gefördert und ihnen den Weg gezeigt für energisches Vorwärtstreben. Ferner schilderte Redner in trefflicher Weise Zweck und Nutzen unserer Organisation und schloß mit einem dreifachen Hoch auf dieselbe. Herrn Kollegen Seibt für die schöne Bestreue unsern warmen Dank.

§ Mattingen. Der Ortsverein der Fabrik- und Handarbeiter hielt am Sonntag, 9. Juli, Vorm. 11 Uhr, eine kombinierte Monatsversammlung ab. Kollege Erkelenz besprach in einer 3/4stündigen Rede das Zeitungsprojekt. Redner machte den Mitgliedern klar, daß wir zu unserer Vertreibung unbedingt eine eigene Tagespresse besitzen müßten. Der Referent machte noch darauf aufmerksam, daß die sozialdemokratische Partei 130 mal so viel Zeitungsreprinte herausgibt als die Gewerksvereine. Aus diesem Grunde ist es uns unmöglich, Angriffe gehörig zurückzuweisen. Um das Zeitungsprojekt perfekt zu machen, sind vom Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverband Antheilscheine ausgegeben im Werte von 5 Mk. Da aber nicht jedes Mitglied im Stande ist, 5 Mk. auf einmal zu bezahlen, so hat der Verband die Gleichsetzung geschaffen, daß Jeder die 5 Mk. mit 10 und 20 oder 50 Pfg. abbezahlen kann. Das Geld wird mit 4% verzinst und nach dem Jahre 1910 auf Verlangen zurückbezahlt. Es sprachen sich noch mehrere Kollegen im Sinne des Referenten aus. Der Referent besprach sodann noch die Einföhrung der Gelder. Kollege Götz-Mattingen machte darauf aufmerksam, daß zu diesem Zweck Bezirkskassierer angestellt werden müssen, welche jeden Sonntag oder in jedem Monat einmal zu den Mitgliedern gehen und das Geld einföhren. Wenn wir bloß in den Versammlungen sammeln, dann bekommen wir das Geld bis zum 1. Oktober nicht zusammen. Also Kollegen, nehmt Eure Kraft zusammen, agitiert für die Tageszeitung des Rheinisch-Westfälischen Ausbreitungsverbandes, verkauft Antheilscheine, damit wir endlich erreichen, was wir hier so lange erbeten haben. Jakob Seef, Schriftföhrer.

Notiz a. Land. Der sozialdemokratische „Textilarbeiter“ bringt in Nr. 28 einen Artikel über die Beendigung des Hilzarbeiterstreiks, der an Gewissenhaftigkeit nichts zu wünschen übrig läßt. Wir wollen ihn hier zum Abdruck bringen:

„Notiz a. Land. Einen sonderbaren Abschluß fand nach wöchliger Dauer der Abwehrtstreik (wegen Maßregelung von acht Kollegen wegen Verhufs einer Gewerkschaftsversammlung) bei der Firma Alex Zint. Als am Pfingstmittwoch bei 56 Streikenden sich 7 Streikbrecher zeigten (5 Hirsch-Dunder'sche und 2 vom Textilarbeiterverband), herrschte in Roth ein reges Leben, Genbarmarie und Polizei waren stark vertreten. Kollege Brüggemann-Rürnberg wurde telephonisch gerufen, eine Kommission wurde bei genannter Firma vorstellig. Der Kommission gehörte auch der gemüthliche Bezirksleiter David Hilzmann des Gewerksvereins (Hirsch-Dunder) an. Herr Zint erklärte: Meine Arbeiter genügen mir vorläufig, denn die Arbeitswilligen kamen gerade recht (Hilzmacher), andernfalls ich in 14 Tagen mit den Anstündigen hätte unterhandeln müssen. Daraufhin erklärte Hilzmann (Hirsch-Dunder) beim Abend-Appell seinen Leuten gegenüber den Streik für beendet. Am Donnerstag sollten sie wieder an die Arbeit gehen, andernfalls sie der Unterstützung verlustig gehen würden. Hierauf ergriff der Kartellvorsitzende, Joh. Heinlein, das Wort. Er warnte, wegen der 7 Streikbrecher von 56 Streikenden den Streik zu beenden und die 49 Kollegen und Kolleginnen auf Gnade oder Ungnade Herrn Zint auszuliefern. Er beantragte geheime Abstimmung darüber, ob der Streik weitergeföhrt werden sollte oder nicht, was auch mit großer Begeisterung von Seiten sämtlicher Streikenden (ausgenommen Hilzmann) angenommen wurde. Das Resultat war: 48 Stimmen mit Ja und 1 Stimme mit Nein. Der Streik soll also beendet (? Red. d. Gewerks.) werden. Sonnabend, den 17. Juni, machte es sich schon bemerkbar, daß es bei den guten Hirsch-Dunder'schen Leuten am Gelde fehlte, denn bei der Auszahlung wurde vielen schon ein Abzug von 1 bis 2 Mk. gemacht. Sonntag, den 18. Juni, fiel dann die endgültige Entscheidung, ob länger gestreikt werden sollte oder nicht. Wiederum wurde von Seiten der freien Gewerkschaften der Vorschlag gemacht, gebeten abstimmen zu lassen, aber da geriet der Bezirksleiter Hilzmann in eine förmliche Wuth, er schrie: „Wer an der Abstimmung theilnimmt, geht seiner Unterstützung verlustig!“ Er forderte die Mitglieder auf, unverzüglich Montag, den 19. Juni, in die Arbeit zu gehen. (Ein zweites Weisensfeld.) Danach mußte auch die Minderheit den Kampf aufgeben . . .

Entgegen dieser wissentlich falschen Darstellung will ich hier die thatsächlichen Vorgänge folgen lassen, dann kann der Leser selbst urtheilen: Ich wurde am Pfingstmittwoch gegen Mittag davon verständigt, daß sich fünf Streikbrecher aus den Reihen der Streikenden gefunden hatten, und zwar 3 Gewerksvereiner und 2 Gewerkschaftler. Die Streikbrecher waren erst bei Beginn des Streiks in die Organisation eingetreten. Als ich in das Streiklokal kam, war alles in höchster Aufregung. Nachdem ich mir Ruhe verschafft hatte, rief ich, die Streikkommission bei der Firma vorstellig werden zu lassen, um über die Bedingungen zur Wiederaufnahme der Arbeit zu verhandeln. Die Streikenden wollten dies nicht. Es sollte vielmehr das Erscheinen Brüggemann's abgewartet werden und dann sollten Brüggemann und ich mit der Firma verhandeln. Brüggemann kam Nachmittags und vertrat ebenfalls die Auffassung, daß die Kommission mit den Unternehmern zu verhandeln habe, weil die Vertreter der Organisation bis jetzt stets abgelehnt worden waren. Die dreigliedrige Kommission wurde sodann vorstellig mit dem Resultat, daß alle Drei die Entlassung überreicht erhielten. Brüggemann erklärte nun, daß die allgemeine Ansicht dahin gehe, daß nun nichts mehr zu holen sei, da die Zahl der Arbeitswilligen sich bereits auf 25 erhöht habe, es müsse getretet werden, was zu retten sei. Ich machte den Vorschlag, den Streik nicht sofort aufzuheben, sondern noch einen letzten Versuch durch Vermittelung des Herrn Bürgermeisters Graff zur Herbeiföhrung einer Einigung machen zu lassen. Leider trafen wir den Herrn Bürgermeister auf dem Rathhause nicht an, da er verreist war. Herr Brüggemann mußte nun nach Nürnberg zurück und so wurde der Vorsitzende der Streikkommission damit betraut, mit mir am andern Tage (Donnerstag)

den Herrn Bürgermeister aufzusuchen, was auch geschah. Der Herr Bürgermeister erklärte sich sofort bereit, mit Herrn Fabrikanten Zint zu sprechen. Abends 5 Uhr erhielt ich die Nachricht aus dem Rathhause, daß Herr Zint sich bereit erklärt habe, 12 Mann sofort einzustellen. Die vierte Partie, aus 4 Mann bestehend, sollte nebst den nöthigen Hilfsarbeitern später eingestellt werden. Die Anstellung solle ohne Ansehen der Personen vorgenommen werden, wer zuerst komme, der werde auch zuerst eingestellt. Beim Abendappell wurde den Streikenden daraufhin empfohlen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Diejenigen, welche nicht angenommen würden, sollten weiter Unterstützung erhalten. Der Kartellvorsitzende Heinlein erklärte aber, man könne noch ein Vierteljahr weiter streiken, und er lieg dann den Streik hoch leben. Da machten die meisten Leute ganz verdubte Gesichter. Nicht Heinlein, sondern ich beantragte sodann eine geheime Abstimmung darüber, ob der Streik fortgesetzt werden sollte oder nicht. Die Abstimmung ergab, daß 48 für die Fortsetzung des Streiks waren und 1 Stimme dagegen. Die Leute hatten, wie ich später herausstellte, für die Fortsetzung des Streiks gestimmt, weil sie fürchteten, daß sie für die abgelassene Woche keine Streikunterstützung bekämen, wenn sie schon freitags die Arbeit aufnahmen. Es ist eine bewußt un wahre Behauptung, daß ich erklärt haben soll, wer nicht an die Arbeit gehe, erhalte keine Unterstützung. Kein Wort ist davon wahr! Der Streikenden hatten sich eine große Aufregung bemächtigt, die sich auf den Freitag fortzöhlte. Darum kam es in diesem Tage zu einem Zusammenstoß zwischen Streikenden und Arbeitswilligen. Die Brüder Biefel wollten ihre Arbeitslöhne abholen, einer ging zu diesem Zweck ins Comptoir, der andere wartete vor der Fabrik. Der Meister Brunner bedeutete dem Wartenden, er möge hereinkommen, wenn er seine Sachen haben wolle. Dann kam ein Arbeitswilliger hinzu, der den Wartenden fragte, was er hier wolle. Als dann auch noch der Magaziner Gintelmann hinzugekommen, gab dieser dem Arbeitswilligen den Befehl, Biefel hinaus zu werfen. Dieser Befehl wurde auch sofort ausgeföhrt, was, unter Bayern ganz selbstverständlich, ohne Hiebe nicht abging, zumal inzwischen auch der Bruder des Biefel hinzugekommen war, auf den sich ebenfalls einige Mann aus dieser Geldschar gestürzt hatten. Durch das Dawidsnetzen des Meisters Brunner wurde der Keiler ein Ende bereitet. Beim Abendappell wurde mir klar, daß, wenn jetzt nicht Schluß gemacht werde, der Streik noch schlimme Wirkungen haben werde. Heinlein aber hielt eine radikale Rede für Fortführung des Streiks und erklärte ohne jeden Anlaß, daß die Gewerksvereiner wahrheitslich keine Unterstützung mehr erhalten würden, daß dann aber der Textilarbeiterverband für sie eintrete, sie sollten nur feste weiter streiken. Da der Textilarbeiterverband sich immer noch im unredlichen Besitz des Ueberhufes aus der Grimmschauer Sammlung befindet, so kann diese Großsprecheri nicht gerade Wunder nehmen. Aus fremder Tasche kann man sehr leicht freigebig sein! Für unsere Mitglieder aber braucht der Textilarbeiterverband nicht zu sorgen, da sind wir selbst Manns genug. Ich habe dem Radikalführer Heinlein dann auch das große Mundwerk so gestopft, daß er bald darauf verduftete. Ich erklärte nun, da ein Sieg nicht mehr erwartet werden könne und die Weiterföhrung des Streiks nur noch nachtheilig wirke, zumal auch die persönliche Sicherheit schon in Frage gekommen sei, den Streik für beendet. Am Sonntag fand dann nochmals eine Versammlung der Streikenden statt, in welcher die Verbändler behaupteten, es müsse weiter gestreikt werden, gleichviel ob etwas erreicht werde oder nicht. Ich bemerkte, daß der Streik für uns als beendet angesehen werde, weshalb die Gewerksvereiner nicht mehr an einer neuen Abstimmung theilnehmen würden. Darauf erklärten auch die Verbändler, daß sie den Streik für beendet ansehen. Zum Schluß noch ein Wort über die Behauptung, daß an der Unterstützung schon am 17. Juni Abzüge gemacht sein sollen: unsere bezugsberechtigten Mitglieder haben während der ganzen Dauer des Streiks 12 Mk. pro Woche Unterstützung erhalten. Die Nichtbezugsberechtigten bekamen männliche 10 Mk. und weibliche 7 Mk. pro Woche. Bereiten wurde nach der 5. Woche ein Abzug gemacht, weil sie während der Feuernte in jeder Woche einige Tage Beschäftigung gefunden hatten. Das ist der wahre Sachverhalt.

Die Gewerkschaftler haben mit ihrem Artikel nur von Neuem gezeigt, daß sie der niederträchtigsten Mittel fähig sind, um Männer in den Schmutz zu treten, die ihre volle Schuldigkeit gethan haben. Jeder deutsche Textilarbeiter, der meine ruhige Darstellung liest, gegenüber der verlogenen „Textilarbeiter“, wird sich mit seiner Sympathie auf unsere Seite stellen. Unsere Agitationsmittel sind Wahrheit und Recht, die der Gewerkschaftler, leider zum Schaden der deutschen Arbeiterklasse, oft genug Lüge und Verleumdung! Jeder anständige Mensch wird hiernach wissen, für wen und was er sich zu entscheiden hat. Hilzmann.

§ Wilhelmshaven. Der Ortsverband hielt am 1. Juli seine Versammlung in den „Tonhallen“ ab. Dieselbe war im Wesentlichen dem Andenken des soeben verstorbenen Verbandsanwaltes Dr. Max Hirsch gewidmet. Nach Verlesen des Protokolls der letzten Versammlung schilderte Herr Schriftföhrer Renner-Dibenburg in einer etwa einfündigen Ansprache das Leben und Wirken von Dr. Max Hirsch als Vater der Deutschen Gewerksvereine. Redner ging sodann noch ganz besonders auf die Aufgaben und Pflichten des Gewerksvereiners in der gegenwärtigen Zeit ein und betonte namentlich die wesentlichen Unterschiede, die zwischen den Gewerkschaften und den Gewerksvereinen bestehen; Unterzöhlte, die der verehrte Dr. Max Hirsch oft genug scharf und klar gezeichnet habe. Am Schluß der Ansprache nahm die Versammlung einstimmig folgende Resolution an: „Der Ortsverband Wilhelmshaven legt angefahts des erschütternden Eindruckes, den das Ableben unseres verdienten Anwaltes Dr. Max Hirsch hervorruft, erneut das Gelöbniß ab, die Ziele der Gewerksvereine als die Ziele freimüthig denkender Arbeiter für jetzt und immerdar hochzuhalten“. Hierauf dankt der Vorsitzende dem Referenten für seinen Vortrag. — Es wird beschloffen, den hier zugeersten Kollegen eine Unterstützung zu gewähren, Karten hierzu sind in der Zeit von Mittags 12—1 1/2 und Abends 7—8 1/2 Uhr beim Kassirer Leutenberg, Raffstr. 16, III, zu haben. Ferner beschließt die Versammlung, das 1. Stiftungsfest des Ortsverbandes am 30. September im „Kaffshäuser“ zu feiern. Die Einladung des Ortsverbandes Dibenburg zu seinem am 9. Juli stattfindenden Stiftungsfest wird verlesen und rege Theilnehmung zugefaht. Schluß 11 1/4 Uhr Abends. Der Ortsverbandschriftföhrer: E. Böder, Grenzstr. 45, II.

